



Einbringung des Doppelhaushalts 2022/23 am 18. Oktober 2021

Rede des Ersten Bürgermeisters Ingo Rust

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn die Verwaltung dieses Jahr den Entwurf zum Doppelhaushalt zur Beratung und Beschlussfassung in den Gemeinderat einbringt, tut sie das unter besonderen Vorzeichen.

Drei davon möchte ich gleich eingangs erwähnen:

Erstens tun wir dies ohne Oberbürgermeister.

Das bedeutet, dass Sie dieses Jahr nicht nur auf die gewohnte weltpolitische Einordnung unseres Haushaltes verzichten müssen, es macht auch deutlich, dass unser künftiger OB an der Erarbeitung dieses Haushaltes noch nicht beteiligt war – nicht beteiligt sein konnte.

Das ist Ihnen als Stadträtinnen und Stadträte natürlich bewusst – mir ist es aber an dieser Stelle nochmals wichtig auch für die Öffentlichkeit zu betonen, dass die wesentlichen Elemente des Haushaltes schon Ende Juli feststanden. Über die Sommerferien fand nur noch die Ausarbeitung statt.

Wir haben Herrn Oberbürgermeister Klopfer mittlerweile selbstverständlich über die wichtigsten Daten dieses Entwurfs informiert und natürlich ist diese Einbringung heute ebenfalls mit ihm abgesprochen.

Dennoch: Dieser Haushalt ist der Haushalt der Verwaltung und trägt naturgemäß noch nicht die Handschrift des künftigen OB.

Zweitens steht dieser Doppelhaushalt immer noch vor der besonderen Herausforderung der – hoffentlich bald zu Ende gehenden – Pandemie.

Einen Haushalt aufzustellen, ohne zu wissen, wie lange sich die verschiedenen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch ziehen ist extrem schwierig. Keine Kämmerin, kein Kämmerer in den letzten 70, 80 Jahren musste mit so unsicheren Prognosen arbeiten.

Die Pandemie hatte und hat massive Auswirkungen auf unsere städtischen Finanzen:

Am deutlichsten natürlich an unserem Klinikum, wo Erträge zurückgegangen sind, die Kosten durch die strikten Hygienemaßnahmen aber massiv gestiegen sind.

Aber auch im Kernhaushalt, wo wir durch wegbrechende Einnahmen, bei Steuern und Gebühren – bei fast gleichbleibenden Aufwendungen dieses und letztes Jahr ebenfalls ein massives Delta zu verzeichnen haben.

Wir mussten deshalb mit vielen Annahmen bei der Erstellung des Entwurfs arbeiten und viele schwierige Fragen beantworten:

- Wie schnell wird am Klinikum wieder der Normalbetrieb einkehren?
- Wann können wieder Veranstaltungen in der gewohnten Form und Anzahl stattfinden?
- Bleiben Kindergärten und Schulen geöffnet?
- Wie sieht es bei Sport und Kultur aus?
- Und wie bei den vielen betroffenen städtischen Einrichtungen, wie Bädern, Museen, dem öffentlichen Nahverkehr oder der Bücherei?

Und nicht zuletzt, gibt es große Unsicherheit, wie sich die Wirtschaft in Esslingen und damit die für uns so wichtige Gewerbesteuer entwickeln wird - womit ich beim dritten Punkt wäre:

Dem Strukturwandel in der deutschen - und speziell der baden-württembergischen Wirtschaft. Wie Sie wissen, ist unser Haushalt - und damit die Finanzierung unserer kompletten Infrastruktur, der Einrichtungen und auch der verschiedenen Förderungen z.B. in Sport und Kultur - in hohem Maße von der Gewerbesteuer abhängig.

In den Rekordjahren 2017 und 2018 hatten wir über 100 Mio. Euro an Gewerbesteuererträge und haben damit rund 40% unseres Haushalts finanziert.

Im aktuellen Jahr haben wir mit nur der Hälfte - also 50 Mio. Euro - geplant und werden diese aller Voraussicht nach nicht einmal erreichen.

Das ist ein massiver Einschnitt bei unserer Haupteinnahmequelle, den wir aktuell und auch noch in den kommenden Jahren verkraften müssen. Denn: Es wird dauern, bis wir wieder ein Niveau erreicht haben, dass auch nur annähernd an die Rekordjahre heranreicht.

Meine Damen und Herren,

unter diesen drei Vorzeichen - vor allem natürlich dem letzten - stehen diese Haushaltsberatungen und mir ist klar, dass das was ich Ihnen heute präsentiere bei Ihnen keine Jubelstürme auslösen kann, denn...

... die Ergebnisse werden schlechter

... die Einschnitte tiefer

... und die unerfüllbaren Wünsche mehr

Was sind die Hauptgründe für diese Entwicklung?

Drei Punkte, die sich über die letzten Jahre hinweg deutlich verändert haben, will ich herausgreifen:

Zuerst sind da die seit Jahren stetig steigenden Abschreibungen.

Abschreibungen müssen für Investitionen also, z.B. Straßen, Brücken, Gebäude oder auch IT-Infrastruktur erwirtschaftet werden und verschlechtern damit immer das Ergebnis.

Unsere Abschreibungen im Kernhaushalt, vor allem in den Bereichen Tiefbau und Ingenieurbauten sind in den letzten zehn Jahren um 65% gestiegen.

Bei SGE, also unseren städtischen Gebäuden, sind die Abschreibungen im gleichen Zeitraum um 67% gestiegen. Und diese Entwicklung wird weiter anhalten.

In den kommenden fünf Jahren werden wir zusätzliche Abschreibungen im Kernhaushalt und bei SGE von rund 1 Mio. Euro im Jahr erwirtschaften müssen und das hat einen an sich erfreulichen Grund:

Wir investieren.

Wir investieren in den kommenden Jahren Rekordsummen in unsere Infrastruktur. Insgesamt fast 200 Mio. Euro werden wir im Finanzplanungszeitraum bis 2026 in Schulen, Straßen, Brücken und IT investieren. Und das ist natürlich zunächst einmal positiv.

Die Kehrseite davon ist, dass wir nicht nur die Liquidität - also das Geld - dafür zur Verfügung stellen müssen, sondern eben über Jahre die Abschreibungen dafür zu erwirtschaften haben.

Einige Beispiele dafür:

- Hanns-Martin-Schleyer-Brücke:
 - Abschreibungen vor der Sanierung: 0 EUR - also abgeschrieben

- Abschreibungen nachher: 179.000 EUR
- Grundschule Zell:
 - Abschreibungen vorher: 11.500 EUR
 - Abschreibungen nachher: 284.000 EUR – mehr als das 20-fache
- Zollbergrealschule:
 - Abschreibungen vorher: 93.000 EUR
 - Abschreibungen nachher: 307.000 EUR
- Stadtbücherei:
 - Abschreibungen vorher: 12.000 EUR
 - Abschreibungen nachher: rund 500.000 EUR

Sie sehen: Investitionen in unsere Infrastruktur sind gut, aber sie müssen finanzierbar sein. Wir sind mit den nun eingeplanten Investitionen an das Limit dessen gegangen, was wir finanzieren können.

In den letzten zehn Jahren konnten wir erfreulicher Weise jedes Jahr tilgen und mussten keine neuen Schulden im Haushalt aufnehmen. Von 94 Mio. Euro kommend haben wir zum Jahresende 2021 nur noch rund 51 Mio. Euro an Krediten im Haushalt.

Beschleunigt durch den Gewerbesteuer einbruch ist unsere Liquidität aber nun aufgebraucht und wir müssen wieder Schulden aufnehmen, um die geplanten Investitionen zu finanzieren.

Wir sind im Planentwurf mit einer Nettoneuverschuldung in den nächsten 5 Jahren von 77 Mio. Euro an das Limit dessen gegangen, was uns möglich ist. Wir stehen Ende 2026 dann leider wieder bei einer Verschuldung von über 127 Mio. Euro.

Mehr geht nicht, weil wir für mehr weder die Zinsen erwirtschaften, noch die Tilgung leisten könnten.

Für alles, wirklich alles, was jetzt noch zusätzlich gewünscht wird, muss etwas anderes entfallen. Das ist für uns als Verwaltung, für Sie als Gemeinderat, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger wichtig zu wissen.

Darum, meine Damen und Herren, werden wir uns auch nicht mehr alles leisten können, was wünschenswert wäre – werden sogar auf manches verzichten müssen.

Neue Brücken und Stege z.B. – die ja in regelmäßigen Abständen in den Diskussionen der Fachausschüsse auftauchen: Nicht finanzierbar!

Neue oder größere Sportstätten: Nicht finanzierbar! Im Gegenteil: Sollte die Schelztorsporthalle aufgrund der Bausubstanz nicht mehr nutzbar sein, steht zumindest für die nächsten fünf Jahre kein Geld für eine Sanierung zur Verfügung.

Auch eine immer wieder andiskutierte Sanierung und Neukonzeption des Stadtmuseums werden wir uns absehbar nicht leisten können.

Neben den massiv ansteigenden Abschreibungen und Finanzierungskosten durch die Investitionen, verzeichnet ein weiterer Bereich seit vielen Jahren steigenden Zuschussbedarf:

Die Kinderbetreuung.

Von allen politischen Ebenen gewollt und von Wirtschaft und Gesellschaft gefordert, haben wir in den letzten Jahren den Bereich Kinderbetreuung deutlich ausgebaut.

Mehr und flexiblere Betreuung, Ganztagsangebote, Betreuung unter 3-Jähriger und Betreuungsangebote an Grundschulen haben diesen Bereich stetig wachsen lassen.

Während wir im Jahr 2011 noch einen Zuschussbedarf von 14 Mio. Euro für den Kinderbetreuungsbereich hatten, sind wir 2022 bei über dem doppelten Betrag, nämlich 34 Mio. Euro.

Natürlich bekommen wir dafür auch Landeszuschüsse und Elternentgelte, aber der städtische Anteil wächst stetig, während die beiden anderen Finanzierungsquellen relativ gesehen abnehmen.

Der Landeszuschuss deckt gerade mal 31% der Kosten, während die Elternentgelte mittlerweile nur rund 10% zur Kostendeckung beitragen.

Meine Damen und Herren, der Ausbau der Kinderbetreuung in Kitas und Schulen ist richtig und wichtig, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen.

Wenn wir aber an der Finanzierungsstruktur nichts ändern, werden wir es uns als Stadt schlichtweg nicht leisten können, diese wichtigen Ziele zu erreichen.

Ein dritter und der wichtigste Punkt, warum sich unsere Ergebnisse in den nächsten Jahren so verschlechtern, ist der Einbruch der Gewerbesteuer.

Wie gesagt, ist die Gewerbesteuer mit Abstand unsere wichtigste Einnahmequelle. Seit 2011 pendelt sie in Esslingen um eine Trendlinie, die zwischen 70 und 75 Mio. Euro liegt.

Das ist auch der Betrag, den wir etwa benötigen, um uns unseren derzeitigen Standard an Infrastruktur und städtischen Angeboten leisten zu können.

Und ich kann Ihnen – ohne das Steuergeheimnis zu verletzen – sagen, dass es vor allem zwei Hand voll Unternehmen sind, die diese Summe im Wesentlichen leisten.

In sehr guten Jahren, wie 2017 und 2018 haben wir Gewinne erwirtschaftet, von denen wir momentan zehren können. Aber das geht naturgemäß nicht ewig. Wir müssen uns auf weniger einstellen.

Wir gehen optimistisch davon aus, dass sich die Wirtschaft spätestens nächstes Jahr wieder etwas erholt und wir auf etwa 65 Mio. Euro hoffen können. Für 2023 gehen wir von einer weiteren Steigerung auf 70 Mio. aus und in den Folgejahren rechnen wir mit unserem langjährigen Durchschnitt: 76 Mio. Euro.

Die einen mögen sagen, das sei sehr optimistisch, die anderen rechnen mit einer schnelleren Erholung der Wirtschaft.

Wir, das heißt in erster Linie Frau Strohbach und ich, gehen davon aus, dass unsere Annahmen optimistisch, aber erreichbar sind.

Diese drei Entwicklungen: Abschreibungen auf Investitionen, den Kinderbetreuungsbereich und die Gewerbesteuer waren mir wichtig, Ihnen eingangs etwas ausführlicher darzustellen, weil sie massive Auswirkungen auf unseren Haushalt haben.

Einen weiteren wichtigen Einfluss haben die so genannten Transferaufwendungen, die wir an andere Körperschaften bezahlen – vor allem die Kreisumlage.

Mit jährlich rund 50 Mio. Euro tragen wir als Stadt Esslingen einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung des Landkreises und seiner Einrichtungen bei.

Das sollten wir vor allem immer dann mitberücksichtigen, wenn von uns als Stadt zusätzlich zu Beiträgen des Landkreises ein finanzieller Beitrag erbeten oder verlangt wird. In jedem Euro, den der Landkreis ausgibt, stecken 20 Cent städtische Mittel aus Esslingen.

Erfreulicherweise hat uns vor zwei Wochen die Nachricht ereilt, dass der Landkreis plant, die Kreisumlage im Vergleich zur ursprünglichen Planung abzusenken.

Bei der Dimension der Kreisumlage in unserem Haushalt macht eine Absenkung natürlich sofort einen beträchtlichen Betrag aus.

Deshalb haben wir Ihnen heute die korrigierten Zahlen im Vergleich zur ursprünglichen Planung in der Präsentation, die Sie gleich sehen werden, eingefügt.

Dennoch: Wir bleiben im Doppelhaushalt bei negativen Ergebnissen:

In 2022 bei -12,9 Mio. Euro und in 2023 bei -2,8 Mio. Euro.

Auch in der Mittelfristigen Planung bleiben die Zahlen zunächst negativ. In 2024 bei -11,2 und in 2025 bei -11,4 Mio. Euro. Erst 2026 könnte sich wieder ein positives Ergebnis von 1,6 Mio. Euro einstellen.

Wir waren bei allen Einnahmearten - ähnlich wie bei der Gewerbesteuer - dabei vorsichtig optimistisch. Trotzdem ist dieses Ergebnis nur dann zu erreichen, wenn wir auf der Wegstrecke unseren Konsolidierungsprozess weiter fortsetzen.

Damit diese Ankündigung nicht im Vagen bleibt, haben wir die Konsolidierungsziele bereits im Haushalt verankert.

In den beiden folgenden Jahren werden wir jeweils 3 Mio. Euro einsparen müssen und dies vor allem durch eine allgemeine Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten auf alle Personalstellen erreichen. Ausgenommen davon ist nur der Betreuungsbereich, der ohnehin unter starkem Fachkräftemangel leidet.

Das wird an der einen oder anderen Stelle sehr schmerzhaft werden, ist aber unabdingbar, solange wir keine strukturellen Einsparungen im Rahmen der Aufgabenkritik umgesetzt haben.

Wir müssen davon ausgehen, dass so gut wie jedes Amt und jede Einrichtung der Stadt davon betroffen sein wird und es darum auch spürbare Auswirkungen geben kann.

Ab dem Jahr 2024 steigt das Konsolidierungsziel weitere drei Jahre um jeweils 2 Mio. Euro an. In 2024 werden es 5, in 2025 7 und in 2026 9 Mio. Euro sein.

Wir müssen diese Ziele unbedingt erreichen und sollten die kommenden Monate nutzen, um die notwendigen Beschlüsse dazu zu fassen. Der Lenkungskreis Aufgabenkritik wird sich dazu mit dem neuen Oberbürgermeister abstimmen und einen Fahrplan festlegen.

Erreichen wir diese Ziele nicht, droht uns das Gleiche, was Reutlingen kürzlich erfahren musste: Das Regierungspräsidium hat den Haushalt nicht genehmigt und die Kreditaufnahme beschränkt.

Das bedeutet im Klartext: Das Investitionsprogramm muss zusammengestrichen werden und die Freiwilligkeitsleistungen werden zurückgefahren.

So weit wollen und dürfen wir es nicht kommen lassen.

Damit wir selbst Herr des Verfahrens bleiben, führt kein Weg an verstärkten Anstrengungen zur Ergebnisverbesserung vorbei.

Und mir ist dabei etwas besonders wichtig klarzustellen:

Man hat in Verwaltung und Gemeinderat manchmal das Gefühl, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt, was die Finanzierung unserer städtischen Infrastruktur und Angebote angeht.

In der Verwaltung ist die Kämmerei und das Finanzdezernat zuständig dafür, wo das Geld herkommt und wie man einen genehmigungsfähigen Haushalt hinbekommt. Fachämter und Einrichtungen sind für die Ausgaben zuständig.

Aber auch in den Ausschüssen des Gemeinderats lassen sich solche Muster erkennen, wenn man die Diskussionen im Verwaltungsausschuss oder dem Lenkungskreis Aufgabenkritik mit so manchen Diskussionen in den Fachausschüssen vergleicht.

Der CFO, also der Finanzvorstand, von Daimler hat in einem Interview mit einer großen Stuttgarter Tageszeitung kürzlich auf die Frage, wie er denn die harte Kostendisziplin im Unternehmen durchgesetzt hat, geantwortet:

„Dass wir etwas tun müssen, wussten wir schon, als im März 2020 noch Covid dazukam. Dann gab es nur noch einen Fahrmodus, und der hieß nicht Komfort.

Das Geld zusammenzuhalten war essenziell, und wir haben damit sehr kurzfristig Erfolge realisiert.

Daraus wurde ein langfristiges Programm mit dem Titel „We are CFO“. Nicht jeder wird dadurch Finanzvorstand, aber auf allen Ebenen sollte Cash-flow-orientiert gearbeitet werden – darum geht's."

Und auf die Frage, was das konkret bedeutet, ergänzt er:

„Ein Meister aus der Produktion schreibt (...), dass es schon bei den kleinen Dingen anfängt: Wenn in der Montage ein paar Schrauben auf den Boden fallen, die noch tadellos sind, dann hebt man sie auf – auch wenn es nur um Cent-Beträge geht.“

Meine Damen und Herren,

Wenn wir mit unserer Haushaltskonsolidierung Erfolg haben wollen, muss genau dies auch der Geist in Stadtverwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft sein.

Die Aufgabenverteilung: Die einen konsolidieren, die anderen sind für's Ausgeben zuständig, wird auf Dauer nicht funktionieren.

Und sie macht ja in Wirklichkeit auch keinen Sinn.

Unsere Fachämter und auch die Fachausschüsse des Gemeinderats machen eine hervorragende Arbeit – wir sind in vielen Bereichen fachlich sehr, sehr gut aufgestellt.

Wäre es nicht besser, wenn sich diese eigentlichen Fachleute Ihren Bereich nach Einsparmöglichkeiten anschauen?

Es wäre doch auch aus fachlicher Sicht viel sinnvoller, wenn Kulturexperten entscheiden, in welchen Bereichen der Kultur Geld eingespart werden kann und nicht Finanzexperten.

Wenn Sportexperten nach Synergien in der Sportlandschaft suchen und nicht die Kämmerei.

Dazu müssen sich aber alle mitverantwortlich fühlen. Dazu müssen alle ein Stück CFO, ein Stück Finanzbürgermeister, sein. In der Verwaltung, im Gemeinderat und in der Bürgerschaft.

„Wir sind Finanzbürgermeister, wir sind Kämmerin.“

Vielleicht ist das utopisch. Aber ich glaube es wäre einen Versuch wert.

Meine Damen und Herren,

Ich habe jetzt sehr betont, wie schwierig unsere Haushaltslage ist und wie eng die Spielräume sind, die wir haben.

Dennoch sichert dieser Haushalt das hohe Niveau, das wir in vielen Bereichen unserer Stadt den Bürgerinnen und Bürgern bieten können.

Wir investieren in den nächsten fünf Jahren 74,5 Mio. Euro in Bildung – in unsere Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Dazu kommen noch jährliche Ausgaben von rund 52 Mio. Euro – alles für eine gute Bildung und Betreuung unserer Kinder, alles für die Unterstützung unserer Familien.

In den Erhalt unseres Vermögens, Straßen, Brücken und Gebäude investieren wir rund 20 Mio. Euro jedes Jahr.

Die Digitalisierung an unseren Schulen und in der Verwaltung treiben wir weiter voran und geben dafür in den nächsten 5 Jahren über 5,2 Mio. Euro aus.

Für die Förderung von Kunst und Kultur in städtischen Einrichtungen und in Vereinen und privaten Initiativen geben wir jährlich rund 12 Mio. Euro aus.

Den Sport unterstützen wir mit rund 4 Mio. Euro im Jahr.

Im Sozialbereich sind wir mit 8,5 Mio. Euro an städtischen Mitteln aktiv.

Das alles tun wir aus guten Gründen und aus Überzeugung.

Das alles halten wir für wichtig und sogar notwendig, um eine lebenswerte Stadt zu erhalten und in die Zukunft zu investieren.

Wir sind der Überzeugung, dieser Haushalt setzt die richtigen Schwerpunkte und wir sind der Überzeugung, dass wir ihn - wenn auch mit einiger Anstrengung - genehmigungsfähig aufgebaut haben.

Meine Damen und Herren,

Der jüdische König Salomo hat in seinen Sprüchen schon vor vielen tausend Jahren festgehalten:

„Reichtum wird wenig, wo man's vergeudet;
was man aber zusammenhält, das wird groß.“

Ich bin nicht so vermessen zu glauben, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf Großes geschaffen haben, aber wir haben eine gute Grundlage geschaffen.

Wir bitten Sie, ihn mit Wohlwollen zu prüfen und in den Ausschüssen und den folgenden Lesungen intensiv zu beraten.

Abschließend danke ich allen, die an der Erarbeitung dieses Werkes mitgearbeitet haben: Den vielen Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern, aber vor allem Frau Strohbach und Frau Zavasnik und ihrem Team für die Erarbeitung des Planentwurfs.

Ich darf nun Frau Strohbach das Wort geben zur Vorstellung der Zahlen des Doppelhaushaltes im Einzelnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.